

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Dienstag, 05.12.2017

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 13:47 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff

Herr Andreas Paruszewski

Herr Gerrit Stühmeier

Frau Christine Wolnik

Herr Rolf Kamphenkel

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Marion Becker – FB 50

Frau Dr. Brigitte Buhr-Riehm – FB 50

Frau Felicia Ferdinand – FB 50
Herr Norbert Rüscher – FB 50
Frau Birgit Glaser – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Frau Marion Lenz – Ref. 0150
Herr Heinz Kaiser – Ehrenvors. Behindertenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Herr Frido Gaus - AfD abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017
- 3 Flüchtlingsangelegenheiten
- 4 Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 17-05943
- 5 Mitteilungen
- 5.1 Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 17-05944
- 5.2 Braunschweig Inklusiv: Sachstandsbericht zur Entwicklung einer kommunalen Teilhabeplanung der Stadt Braunschweig - Kommunalen Aktionsplan (KAP) 17-05550
- 5.3 Sachstandsbericht Braunschweig-Mobil-Ticket 17-05964
- 6 Anträge
- 6.1 Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485
- 7 Anfragen
- 7.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905
- 7.1.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905-01
- 7.2 Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812
- 7.2.1 Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812-01

7.3	Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters	17-05915
7.3.1	Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters	17-05915-01
7.4	Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig	17-05968
7.4.1	Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig	17-05968-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Dringlichkeit der Anfrage 17-05968 wird einstimmig beschlossen. Die Anfrage wird als TOP 7.4 auf die Tagesordnung aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

3. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke erläutert, dass die Verteilquote 2017 von 492 Personen bis zum 31. März 2018 verlängert werde. Zur Zeit werden wöchentlich ca. 3 - 5 Personen zugewiesen, zum Stand 30. November 2017 lag die Zahl der tatsächlichen Zuweisungen bei 189.

In den vier zur Zeit belegten Wohnstandorten Bienrode, Gartenstadt, Gliesmarode und Melverode lebten aktuell 266 Personen. Dezentral untergebracht seien 116 Personen in 40 Wohnungen.

Im Jahr 2017 seien bisher 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den Jugendhilfemaßnahmen ausgeschieden und in Wohnstandorten aufgenommen worden. Die Quote für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sei jedoch noch erfüllt.

Ratsherr Schrader erkundigt sich nach der Entwicklung der Zahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Frau Dr. Hanke erklärt, dass die Zahlen relativ konstant gleichbleibend seien.

Frau Dr. Hanke berichtet, dass wöchentlich ca. 3-5 Personen zugewiesen werden, die Zahl der tatsächlichen Zuweisungen liegt zum aktuellen Stand bei 189. Die Verteilquote, die für das Jahr 2017 angesetzt war, werde verlängert bis zum 31. März 2018.

Derzeit seien in vier Wohnstandorten 266 Geflüchtete untergebracht. Weitere 116 Personen seien dezentral in Wohnungen untergebracht.

Es seien bis zum jetzigen Zeitpunkt 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeschieden, die Quote sei damit weiterhin erfüllt. Der Trend bei der Anzahl der neu ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sei gleichbleibend. Wenn die Quote in Braunschweig erreicht sei, würden diese auch auf andere Kommunen verteilt.

4. Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021

17-05943

Anfragen und Anregungen

A 014

Eine abschließende Beantwortung erfolgt erst zur Sitzung des Rates bzw. des Jugendhilfeausschusses. Die Beantwortung wird zum Protokoll nachgereicht:

A 015

Ratsfrau Ohnesorge kritisiert, die Stellungnahme der Verwaltung sei zu allgemein gefasst. Frau Naber erklärt, sie hätte sich konkretere Vorschläge für Verbesserungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gewünscht.

Ratsfrau Schütze bittet Herrn Kaiser, zum Thema Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden Stellung zu nehmen.

Herr Kaiser erläutert, das Thema sei erstmalig im Jahr 2010 behandelt worden. Im Folgenden wurden einige städtische Gebäude barrierefrei umgebaut, bei einigen Gebäuden gestaltete es sich jedoch schwierig, Barrierefreiheit umzusetzen. Auf die Nachfrage von Ratsfrau Schütze, wie er die Situation aktuell einschätze, erläutert Herr Kaiser, da die Gebäude im öffentlichen Interesse stünden, sei eine erneute Bestandsaufnahme durch den Fachbereich 65 ggf. erforderlich.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schütze erklärt Herr Rüschert, dass das Thema nicht nur in der AG Inklusion, sondern darüber auch bei ISEK und den Rahmenprojekten Berücksichtigung finde.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus fragt Herrn Kamphenkel, ob bei Sanierung städtischer Gebäude der Behindertenbeirat automatisch eingebunden werde. Dieser erklärt, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig in diesem Bereich gut funktioniere, und der Behindertenbeirat aktuell bei der Schulplanung einbezogen werde.

A 023

Ratsherr Dr. Müller erklärt, dass die AfD die Anfrage zurückziehe.

Finanzunwirksame Anträge

FU 042

Ratsfrau Johannes erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zu den Räumlichkeiten von pro familia.

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert, dass zur Zeit sowohl pro familia in Eigeninitiative, als auch die Stadt Braunschweig nach geeigneten Räumlichkeiten außerhalb des Gesundheitsamtes suche. Der Wechsel sei nötig, da sich neue Aufgaben mit mehr Raumbedarf ergeben hätten, und der Raumbedarf im Gesundheitsamt allgemein sehr hoch sei. Ratsfrau Schütze bittet um Mitteilung an den Ausschuss, sobald eine Lösung gefunden wurde.

FU 045

Frau Dr. Hanke erklärt auf Nachfrage, dass aus Ihrer Sicht ein Zwei-Jahres-Rhythmus für die Erstellung des Sozialatlas sinnvoll sei.

FU 046

Der Antrag wird zurückgezogen. Stattdessen wird über den gemeinsamen finanzwirksamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Handlungskonzept Kinderarmut: Einrichtung eines Schulmittelfonds" (Tischvorlage) abgestimmt. Mit diesem Antrag haben sich auch die finanzwirksamen Anträge Nr. 074 und Nr. 075 erledigt.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ohnesorge erläutert Ratsfrau Naber, dass die 100.000 € aus dem Antrag zunächst für die Erstellung eines Konzeptes im Schuljahr 2018/2019 verwendet werden sollen. Ausgehend vom erstellten Konzept müssten ggf. die zur Umsetzung notwendigen Haushaltsmittel angepasst werden.

Frau Dr. Hanke erklärt, dass ab rd. 100.000 € bzw. 200.000 € zwar zunächst sinnvoll eingesetzt werden könnten, jedoch für 2019 betrachtet höhere Kosten aufgrund von Personalkosten entstehen würden, da diese hiermit nicht abgedeckt seien.

Der Antrag auf passieren lassen wird einstimmig angenommen. Der Antrag soll abschließend im Schulausschuss behandelt werden.

FU 047

Frau Dr. Hanke erklärt, dass sich auch die Gesundheitsregion mit dem Thema beschäftige.

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert dazu, dass auch beim Gesundheitsamt Interesse an einer früheren Prävention bestehe. Am 20. Juni 2018 finde zudem eine Konferenz zum Thema Kindergesundheit statt, danach sei auch von Seiten der Verwaltung die Erstellung eines Konzeptes geplant.

FU 048

Der Antrag wird zurückgezogen. Stattdessen wird über den gemeinsamen finanzwirksamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94" (Tischvorlage) abgestimmt. Mit diesem Antrag haben sich auch die Anträge zum Investitionsprogramm Nr. 151 und Nr. 161 erledigt.

Herr Klockgether erläutert, dass die von der Verwaltung eingestellten Mittel in Höhe von 26.400 € für die Ertüchtigung der bereits vorhandenen Anlagen eingeplant sind.

Ratsfrau Naber erklärt, dass mit der im Antrag um 63.600 € auf insgesamt 90.000 € aufgestockten Summe sowohl diese Ertüchtigungen vorgenommen werden sollen, als auch zusätzliche neue Anschlüsse für Ver- und Entsorgung geschaffen werden sollen.

Die Formulierung im Antrag, es solle ein mit den Bewohner*innen des Wohnwagenaufstellplatzes abgestimmtes Konzept entwickelt werden, wird als problematisch angesehen. Der zweite Absatz des Beschlussvorschlages wird daher folgendermaßen geändert:

"Diese Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, bis die Verwaltung mit dem runden Tisch einen Konsens über die Maßnahmen hergestellt hat."

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.

2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2018 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf

des Investitionsprogramms 2017 - 2021 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu Ziff. 1 sind erfolgt (s. Anlage).

Abstimmungsergebnis:

dafür: 5; dagegen: 4; Enth.: 1

5. Mitteilungen

5.1. Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 17-05944

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Braunschweig Inklusiv: Sachstandsbericht zur Entwicklung einer kommunalen Teilhabeplanung der Stadt Braunschweig - Kommunalen Aktionsplan (KAP) 17-05550

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Sachstandsbericht Braunschweig-Mobil-Ticket 17-05964

Ratsfrau Ohnesorge fragt nach, wie sich bei der Gewinn- und Verlustrechnung der Braunschweiger Verkehrs GmbH der Verlust an Einzelfahrscheinen berechnet.

Hierzu wird zum Protokoll folgende Beantwortung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH nachgereicht:

„Die 114 T€ Ertragsreduzierung entstammen einer Grobkalkulation aus 05/2016, die für den FB 20 als Sitzungsunterstützung erstellt wurde.

Dort wurde bei unterschiedlichsten Nutzungsannahmen ein daraus möglicher Ertragsausfall aufgezeigt. Beispielhaft wurde bei Nutzung von 10 % der angenommenen 6.000 BS-Mobilticketberechtigten in der beantragten Gültigkeitsausweitung vor 9:00 Uhr abgenommen, dass diese Kunden je Woche bislang an je 2 Tagen mit einem 10-Ticket fuhren, was bei der Aufweitung wegfiele. Rechnung = 2 Fahrten 1,8 € (Ansatz günstigste 10-er Karte) * 50 Wochen * 600 Kunden (10 % von 6.000) = 114 T€/a.

Durch die Ausweitung außerhalb der Spitze wurde keine Steigerung der Produktionskosten durch die Mehrkunden unterstellt.

Nach Auswertung der Probephase mit Gültigkeit ab 8:30 Uhr wurde deutlich:

1. rd. 440 anstatt der im Beispiel angesetzten 600 Monatskunden nutzen das BS-Mobil in 2017 zusätzlich
2. die BS-Mobil Verkäufe 2017 führen zu einem Mehrertrag von 79.875 €/a. Es ist fraglich, ob dieser Mehrertrag inhaltlich etwas mit der Zeitausweitung zu tun hat, oder ob dieser durch zusätzliche Berechtigte (u.a. Flüchtlinge, Anstieg von Geringverdienern etc.) sind, die auch ohne die Aufweitung in das System gekommen wären.tatsächlich
3. die Mindererträge durch die BS-Mobilkunden nicht nur im günstigen Segment des 10-er Tickets, sondern bei Einzeltickets, Tageskarten und Monatskarten auftauchen, wie uns die Kunden als Positivmeldung im Kundenzentrum berichten.
Vereinfachte Ermittlung der Mindererträge = 6.189 BS-Mobil Kunden 2017/Monat * 6 € Woche (3 Fahrten 10-Ticket 2,05 €/Ticket 2017 statt Ansatz 3,8 €) * 4 Wochen/Monat = 148.500 €/a
4. die genannte Gesamtbelastung der BSVG von rd. 60-70 T€/a entsteht; da Teile des unter Punkt 2 gezeigten Ertragszuwachses nicht der Ausweitung ansetzbar sein werden, steigt die Ergebnisbelastung sogar über den gezeigten Wert an.

Im Detail ist diese Berechnung, wie in allen Vorlagen ausgeführt, nicht belegbar, da das exakte Nutzerverhalten der BS-Mobilkunden vor der Umstellung als „anonymer“ Einzelfahrscheinkunde nicht valide zu berechnen ist.“

Frau Dr. Hanke erläutert, dass über eine Verlängerung des BS-Mobil-Tickets der Rat neu beschließen müsse.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6. Anträge

6.1. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485

Zum Antrag äußert sich Herr Kaiser aus dem Behindertenbeirat.

Er erläutert, dass in den Jahren 2011/2012 auf Antrag des Behindertenbeirates Mittel für die Sanierung des Rathauses eingestellt wurden. Gemeinsam mit der Bauverwaltung habe eine Kostenermittlung stattgefunden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt sei allen Beteiligten bewusst gewesen, dass die Barrierefreiheit im Rathaus Altbau nur schwierig umzusetzen sein werde. Daher wurde ei möglichst kurzer Weg gesucht, da ein direkter barrierefreier Zugang vom Platz der Deutschen Einheit aus nicht möglich sei. Denn hier hätte sich spätestens beim Pförtner die nächste Barriere ergeben, der Hinterhof sei wiederum zu eng für einen barrierefreien Zugang. Über den Neubau am Bohlweg sei nun ein barrierefreier Zugang möglich, da Jeder ohne fremde Hilfe in den Altbau gelangen könne. Es gebe einen Fahrstuhl mit Sprachansage, in der auf den Übergang in der Zwischentage im 3. Stock hingewiesen werde. Zudem gebe es motorische Türen, sowie Hörinduktionsanlagen und auch Sehbehinderungen seien bei der Ausgestaltung berücksichtigt worden. Problematisch sei beim Zugang zum Rathaus Altbau lediglich weiterhin, dass am Eingang nicht schnell genug zu erkennen sei, wo sich der barrierefreie Zugang befinde. Eine größere Beschilderung sei laut Denkmalschutz ggf. bedenklich. Zudem seien noch drei weitere Türen zu motorisieren.

Zur Barrierefreiheit im Gesundheitsamt erläutert Herr Kaiser, dass zwar eine Toilette gebaut worden sei, die weiteren Themen jedoch von Politik und Verwaltung nicht weiter verfolgt wurden. Eine gesamte Sanierung des Gesundheitsamtes sei jedoch ggf. erforderlich. 2018 müssten Gelder für den zur Zeit stillgelegten Aufzug im hinteren Teil des Gesundheitsamtes zur Verfügung gestellt werden. Er schätzt die Kosten für die Aktivierung des Aufzuges auf ca. 100.000 €. Der Eingang bräuchte zudem eine neue Tür/eine Vorrichtung (geschätzte Kosten ca. 10.000 €) und Türen müssten motorisiert werden (geschätzte Kosten ca. 200.000 - 250.000 €).

Ratsherr Merfort schlägt vor, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsfrau Ohnesorge ist der Ansicht, dass kleinere Umbauten zeitnah möglich sein sollten, da beispielsweise der Fahrstuhl bereits vorhanden sei und lediglich wieder in Betrieb genommen werden müsse.

Als Information wird zum Protokoll nachgereicht, dass ein Haushaltsausgaberest für den Aufzug im Gesundheitsamt nicht vorhanden sei.

Beschluss:

Die Vorlage soll im Verwaltungsausschluss abschließend behandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

passiert

7. Anfragen

7.1. Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05905-01 beantwortet.

7.1.1. Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05812-01 beantwortet.

7.2.1. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters 17-05915

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ohnesorge, warum es nur noch zwei Jobfabriken gebe, erläutert Frau Dr. Hanke, dass eine Umstrukturierung des Jobcenters stattgefunden habe. Einer der Standorte sei nicht wie erhofft genutzt worden, daher habe man konzeptionelle Veränderungen hin zur Zentralisierung umgesetzt.

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05915-01 beantwortet.

7.3.1. Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters 17-05915-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig 17-05968

Auf Nachfrage erläutert Frau Dr. Hanke, dass die Geltendmachung ausgesetzt werde, bis das Klageverfahren ausgeurteilt sei, und anschließend entsprechend weiter verfahren werde.

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05968-01 beantwortet.

7.4.1. Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig 17-05968-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin

gez.
Ferdinand
Protokollführung

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Haushalt 2018

**Der FPA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden,
insgesamt abgestimmt.**

**Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der
Ausschussempfehlung an.**

Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 1

Stand: 29. Januar 2018

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 042

Teilhaushalt: FB 20
Projekt 3E.210012

Sanierung Gesundheitsamt

Die Verwaltung wird gebeten, einen Stufenplan zur Sanierung des Gesundheitsamtes aufzustellen. Eine Priorisierung der Maßnahmen mit Begründung soll dem Plan beigefügt werden.

Begründung:

Das Gebäude des Gesundheitsamtes entspricht in vielerlei Hinsicht nicht mehr den Ansprüchen der heutigen Zeit und stellt sich im derzeitigen Zustand als nicht mehr passend zu den heutigen Ansprüchen an eine medizinische Versorgung in einer Großstadt dar.

Im Haushaltsplan 2018 stehen erfreulicherweise 300.000 € an Mitteln (Planungskosten) für Vorplanungsleistungen zur Sanierung des Gesundheitsamtes (Projekt 3E.210012 im Investitionsprogramm).

Da für die Sanierung erhebliche Kosten zu erwarten sind, soll ein Stufenplan eine Übersicht über notwendige Maßnahmen geben, um in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine Sanierung anzugehen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017	11	0	0	X	
BA am 05.12.2017	9	0	1	X	
FPA am 18.01.2018				X	

Anmerkung der Verwaltung:

Siehe Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2018 Nr. A 008 der Fraktion DIE LINKE.

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 045

Teilhaushalt: Ref. 0500

Neues strategisches Ziel Ref. 0500 - Sozialreferat

Für das Ref. 0500 - Finanzen wird als neues strategisches Ziel hinzugefügt:
Erstellung eines Sozialatlases im zweijährigen Rhythmus mit möglichst umfangreichen Sozialdaten.

Begründung:

erfolgt mündlich

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017	11	0	0	X	
FPA am 18.01.2018				X	

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 046

Teilhaushalt: Ref. 0500

Produkt: 1.31.3119.40

Schulmittelfonds

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Schulbedarfskosten einerseits und den im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfen sowie den Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets andererseits begegnet werden kann. Dabei sind insbesondere die in der Vorlage 17-05389 genannten Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre (Einschulung, Übergang zur weiterführenden Schule und Medienausstattung/Taschenrechner) zu betrachten. Die entstehenden Kosten sind zu ermitteln.

Begründung:

In der Vorlage 17-05389 hat die Verwaltung ausgeführt, dass die tatsächlichen Schulbedarfskosten zum Teil beträchtlich über der Summe der im Regelbedarfssatz berücksichtigten Schulbedarfe und der Leistungen aus dem BuT-Paket liegen. Und weiter: "Für eine bedarfsgerechte Verteilung dieser Mittel ist die Abstimmung eines entsprechenden Konzeptes mit den dafür zuständigen Institutionen erforderlich. Es müsste ein geregeltes Antragsverfahren sowie ein Verteilungsmodus entwickelt werden, der die Erfordernisse bezüglich der unterschiedlichen Schulformen sowie die Spitzenbelastungen einzelner Schuljahre berücksichtigt."

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017	zurückgezogen				

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Nr. 047

Teilhaushalt: Ref. 0500

Konzept flächendeckende Entwicklungsstandsuntersuchung

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie die flächendeckende Untersuchung aller Kinder 1 bis 2 Jahre vor der Einschulung in den Kindergärten in Braunschweig umgesetzt werden kann und darzustellen, welche finanzielle und personelle Ausstattung dazu erforderlich ist.

Begründung:

Im Bericht über die Umsetzung des kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut wird unter Punkt 2.5. verdeutlicht, dass die Empfehlung zu einer flächendeckenden Untersuchung zum Entwicklungsstand von Kinder ein bis zwei Jahre vor der Einschulung bislang nicht umgesetzt ist. Es wird auch gesagt, dass die Dringlichkeit dieser Maßnahme gesehen werde.

Weiter heißt es: „Dies erfordert personelle Ressourcen, die entsprechend erweitert werden müssen.“

Ein solches Modell einer flächendeckenden frühen Untersuchung existiert in den Stadt Hildesheim als Modellprojekt. Dort hat man mit diesem Projekt PiAF (Prävention in aller Frühe) bereits positive Erfahrungen gesammelt.

Angesichts der Tatsache, dass über 25% der Kinder bei der Einschulung Auffälligkeiten in ihrer Entwicklung zeigen, gilt es in präventive Maßnahmen Geld zu investieren, um allen Kindern einen guten Start zu ermöglichen.

Am Projekt beteiligt sind neben einem Team aus Kinderärztin und Arzthelferin, Erzieherin, Psychologin öder Sozialpädagogin, die Eltern sind zur Anwesenheit verpflichtet.

Auch aus rein finanzieller Sicht ist Prävention immer erheblich kostengünstiger als spätere Maßnahmen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017	11	0	0	X	
FPA am 18.01.2018				X	

Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 048

Teilhaushalt: FB 50

Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94

Die Verwaltung wird gebeten, einen Plan zur Sanierung des städtischen Wohnwagenaufstellplatzes Madamenweg 94 aufzustellen. Dabei sollen die Bedarfe ermittelt und die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie den Ansprüchen, die sich aus der Historie der Braunschweiger Sinti ableiten lassen, entgegengekommen werden kann. Zudem soll die Nutzungsordnung an die veränderten Bedarfe angepasst werden.

Begründung:

Nach einer Ortsbegehung und dem Austausch mit den dort lebenden Sinti sowie einer historischen Einordnung hinsichtlich der Entstehung des Platzes durch die Stadt Braunschweig sollte auf Basis dieser Erkenntnisse sowohl die Nutzungsordnung angepasst als auch den Bedürfnissen der Bewohner/innen angemessen Rechnung getragen werden.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 05.12.2017	zurückgezogen				

Antrag der CDU-Fraktion - Nr. 050

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Vorsorgeorientierte Haushaltspolitik durch konsequenten Abbau des strukturellen Defizits

- Zur Beschlussfassung in allen Fachausschüssen -

Die Stadt Braunschweig steht vor großen Herausforderungen deren dauerhafte Finanzierung auch nachhaltig gesichert werden muss. Die Verwaltung erarbeitet daher ein klar beziffertes und terminiertes Konzept zum signifikanten schrittweisen Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits bis zum Ende dieser Wahlperiode und legt dieses dem Rat bis zum Ende des 1. Quartals 2018 zur Beschlussfassung vor.

Ziel des Konzeptes soll neben einer stringenten Haushaltskonsolidierung eine konsequente, auf die künftigen Herausforderungen ausgerichtete Verwaltungsmodernisierung sein. Notwendig ist eine konsequente Aufgaben- und Standardkritik unter Einbeziehung des Kernhaushaltes, der Gesellschaften und der Zuschussempfänger.

Begründung:

Die Verwaltung hat bei der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes ein strukturelles Defizit alleine für das Jahr 2018 in einer Höhe von 35 Millionen Euro ausgemacht. Demgegenüber stehen in der Planung Einsparungen mit der so genannten Rasenmäher-Methode in einer Höhe von 2,0 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr. Diese beliefen sich in 2017 auf 1,0 Million Euro und sollen bis 2021 kontinuierlich auf 5,0 Millionen Euro (also jährlich 1,0 Million Euro zusätzlich) anwachsen. Auch wenn dies ein Schritt in die richtige Richtung ist, können die Einsparungen das strukturelle Defizit nicht beseitigen. Und wenn man sich vergewärtigt, dass es sich bei den für 2021 veranschlagten 5,0 Millionen Euro nur um rund 0,5 % des Gesamtergebnishaushaltes handeln wird, so muss man feststellen, dass dieser Plan bisher auch nur wenig ambitioniert ist.

Dabei gibt es ein klares Bekenntnis des Rates der Stadt Braunschweig aus dem Juni 2016 zur strukturell soliden Haushaltsplanung, welches mit großer Mehrheit beschlossen wurde.

Die Übersicht der Einnahmen belegt, dass wir uns weiterhin in einer guten konjunkturellen Lage befinden und wir - bei gleichzeitigem Blick auf die Ausgaben - derzeit kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabeproblem haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass bei einem konjunkturellen Abschwung - dessen Eintritt sicher ist, lediglich der Zeitpunkt ist unklar - das Defizit noch weiter ansteigt und somit große Einschnitte drohen, die viele Bereiche hart treffen werden. Deshalb muss die jetzige gute konjunkturelle Lage - und damit im vollen Einklang mit dem bereits zitierten Ratsbeschluss aus dem Juni 2016 - genutzt werden, um ein Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit bis zum Ende der laufenden Ratsperiode signifikant, also mindestens in den einstelligen Millionenbereich, abgebaut werden kann.

Dabei hilft der Blick in andere Kommunen: in der letztjährigen Haushaltsdebatte wurde von Christoph Bratmann auf die Stadt Mannheim verwiesen. Dort gibt es einen Stufenplan zum Abbau des strukturellen Defizits. Hier sollte die Verwaltung ein Vorbild sehen und den Kontakt suchen bzw. mögliche bereits bestehende Verbindungen intensivieren. Im Zentrum der Überlegungen soll zum einen eine stringente Haushaltskonsolidierung unter Einbindung aller

Fachbereiche liegen, um sicherlich vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken. Zum anderen erwarten wir eine zielgerichtete Verwaltungsmodernisierung, die eine konsequente Überprüfung der Verwaltungsabläufe ebenso beinhaltet wie auch dringend notwendige Innovationen in den Bereichen Digitalisierung und Smart City.

Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die weitere Professionalisierung der bestehenden Strukturen zum Einwerben von Fördermitteln, eine kluge Arbeitsteilung durch den Einsatz externer Partner (bspw. PPP, aber auch eine intensivierte Vergabe der Planungen für Bebauungspläne) und natürlich eine konsequente und ständige Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerledigung. Orientierung sollen dabei die Kennzahlen und Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und - vor allem bei der Digitalisierung - anderer europäischer Länder bieten.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FwA am 28.11.2017	4	6	0		X
AfKW am 01.12.2017	4	7	0		X
WA am 01.12.2017	4	7	0		X
AfSG am 05.12.2017	4	7	0		X
BA am 05.12.2017	4	6	0		X
PIUA am 06.12.2017	4	9	0		X
JHA am 07.12.2017	2	8	2		X
SpA am 07.12.2017	4	6	0		X
SchA am 08.12.2017	4	11	1		X
GA am 08.12.2017	2	6	1		X
Afl am 11.12.2017	4	7	0		X
FPA am 18.01.2018	3	9	0		X

Anmerkung der Verwaltung:

Auf den finanzunwirksamen Antrag FU 051 sowie die finanzwirksamen Anträge FWE 124 und FWE 178 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Nr. 051

Teilhaushalt: alle
Produkt: diverse

Nachhaltige Stadtentwicklung und Haushaltspolitik

Die Bemühungen um den effektiven und sparsamen Einsatz von Haushaltsmitteln sollen sich zukünftig enger an den Aufgaben und Zielen der Stadtentwicklung orientieren. Das in den letzten Jahren praktizierte Einsparprogramm zur Verringerung eines angenommenen strukturellen Defizits nach der sog. „Rasenmähermethode“ wird deshalb letztmalig im Jahr 2018 umgesetzt und in den Folgejahren nicht weitergeführt.

Bei der Haushaltsaufstellung und der damit verbundenen Steuerung der Mittelverwendung wird zukünftig verstärkt von wirkungsorientierten inhaltlichen Zielplanungen ausgegangen, die die Grundlagen für die Feststellung des notwendigen und effektiven Ressourceneinsatzes darstellen. Dazu gehört auch die fortlaufende Überprüfung der Zielerreichung in allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

In diesem Zusammenhang sind auch Untersuchungen von Organisationsstrukturen und Abläufen innerhalb der Verwaltung ggf. sinnvoll, wenn diese ergebnisoffen durchgeführt und extern begleitet werden. Dabei muss in jedem Einzelfall Aufwand und Nutzen gegeneinander abgewogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Begründung:

2016 beauftragte der Rat die Stadtverwaltung damit, unter der Überschrift „Gewerbesteuer-glättung“ einen Vorschlag für die zukünftigen Haushaltspläne zu machen, um einem sich abzeichnenden strukturellen Defizit zu begegnen. Daraus ergaben sich im Haushalt 2017 und im Haushaltsentwurf 2018 über alle Fachbereiche hinweg pauschale Einsparungen nach der „Rasenmähermethode“. Diese unreflektierten und nicht an den tatsächlichen Erfordernissen orientierten Einsparungen zeigten zum Teil fatale Auswirkungen, wie u.a. bei der Streichung einer dritten Praxisklasse deutlich wurde. Dauerhaft dürfte sie auf keine Akzeptanz treffen.

Ganz abgesehen davon, dass die vorgeschlagene Höhe der Kürzungen keinesfalls die Unsicherheit der Einnahmeschwankungen und eine Unterfinanzierung in schlechten Zeiten auffangen kann, darf Sparen nicht zum alleinigen Selbstzweck werden.

Wir sehen derzeit keine Ansätze für ein chronisches Defizit, das die Finanzfähigkeit der Stadt im Planungszeitraum gefährdet. Trotzdem müssen bei jeder Entscheidung auch die Fragen nach der Finanzierbarkeit, dem effektiven Einsatz von Geld- und Personalmitteln und einer guten Organisationsstruktur gestellt werden. Dies sollte allerdings immer im Zusammenhang mit den Zielen der künftigen Stadtentwicklung erfolgen.

Reine Einsparvorgaben oder Begrenzungen von Ausgabehöhen ohne als Ausgangspunkt die notwendigen Leistungen für alle Einwohner/innen und die Ziele für die Stadtgesellschaft festzulegen, führen langfristig sogar zu höheren Ausgaben, weil wesentliche Entwicklungen verpasst werden können.

Zusammengefasst sollte gute Haushaltspolitik sich von folgender Frage leiten lassen: Machen wir das Richtige und machen wir es richtig, auch unter dem Gesichtspunkt begrenzter Ressourcen?

Insofern sollte die Ressourcensteuerung in Zukunft auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

1. Die ständige Frage nach den zugrundeliegenden Zielen und der Effektivität der Umsetzung (Zielmanagement). Dazu sollten neben dem ISEK für einzelne Bereiche eigene Entwicklungs- und Umsetzungspläne aufgestellt werden, die auch konkret mit Zahlen hinterlegt sind.
2. Die fortlaufende Überprüfung, ob und wie die festgelegten Ziele erreicht wurden.
3. Die Überprüfung von Organisationsstrukturen und –Abläufen mit offenen Ergebnisvorgaben und externer Begleitung.
4. Die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, innerhalb des „Konzerns Stadt“ und mit der Zivilgesellschaft.
5. Ein aussagefähiger Vergleich zwischen Aufwand und Zielerreichung mit anderen Städten, sofern eine inhaltliche Vergleichbarkeit gegeben ist.

Auch das hier vorgeschlagene Verfahren hat sich natürlich an den Grundsätzen einer effektiven und nachhaltigen Mittelverwendung zu orientieren. D.h., dass bei all diesen Punkten stets die Frage nach Aufwand und Nutzen zu prüfen ist und dass jeweils nur die Schritte umgesetzt werden sollen, bei denen Aufwand und Nutzen in einem eindeutig positiven Verhältnis zueinanderstehen.

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	Dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FwA am 28.11.2017	Passieren lassen				
AfKW am 01.12.2017	Passieren lassen				
WA am 01.12.2017	Passieren lassen				
AfSG am 05.12.2017	Passieren lassen				
BA am 05.12.2017	2	4	4		X
PIUA am 06.12.2017	Passieren lassen				
JHA am 07.12.2017	Passieren lassen				
SpA am 07.12.2017	Passieren lassen				
SchA am 08.12.2017	Passieren lassen				
GA am 08.12.2017	Passieren lassen				
Afl am 11.12.2017	Passieren lassen				
FPA am 18.01.2018	Zurückgezogen				

Anmerkung der Verwaltung:

Auf den finanzunwirksamen Antrag FU 051 sowie die finanzwirksamen Anträge FWE 124 und FWE 178 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen.

Ergebnishaushalt

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2018

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
	18	Transferaufwendungen				0	+	12.000	0	0	0	0	0				
053	1.11.1145.01	Freiwilligen-Agentur	SPD	Freiwilligen-Agentur Die Freiwilligenagentur hat ein breites Arbeitsspektrum: Das reicht von der Vermittlung von Patenschaften bis hin zur stadtteilbezogenen Netzwerkarbeit. Eine besondere Herausforderung stellt das stietige Akquirieren neuer Ehrenamtlicher sowie deren fachliche Begleitung dar. Ein neues Arbeitsfeld ist die Vermittlung von Geflüchteten ins Ehrenamt. Hierbei spielen interkulturelle sowie mehrsprachige Aspekte eine wesentliche Rolle. Um diesen neuen Aufgaben gerecht zu werden, bedarf es einer finanziellen Erhöhung. Wegen des Bezugs zur Flüchtlingsarbeit soll dieser Haushaltsantrag auch im Ausschuss für Integrationsfragen und im Ausschuss für Soziales und Gesundheit behandelt werden.												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			ASG			+	12.000		0		0		0		angenommen 7 / 4 / 0		
			Alt			+	12.000		0		0		0		angenommen 7 / 4 / 0		
			FPA			+	12.000		0		0		0		angenommen **)		
054	1.11.1145.01	Freiwilligen-Agentur	BIBS	Erhöhung Zuschuss Freiwilligen-Agentur Seit November 2014 ist die Freiwilligenagentur in Braunschweig unterstützend in der integrativen Flüchtlingsarbeit tätig. Seit Juni 2015 hat die Agentur eine Verdreifachung des Nachfrageaufkommens abzuarbeiten. Hinzu kommen zusätzliche Anfragen durch Institutionen, Initiativen und Einrichtungen sowie von Geflüchteten selbst, die um Unterstützung und Hilfe durch ehrenamtlich Tätige bitten. Daher bittet die Freiwilligenagentur um eine Erhöhung des städtischen Zuschusses.												für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			ASG			+	14.000		+	14.000		+	14.000		0	abgelehnt 1 / 9 / 1	
			Alt												0	abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA												0	abgelehnt **)	
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen				0	0	0	0	0	0	0	0				
055	1.57.5732.01	Dorfgemeinschaftshäuser	CDU	Gutachten zur Zukunft der Braunschweiger Dorfgemeinschaftshäuser In vielen Braunschweiger Stadtteilen besteht Bedarf nach einem zentralen Ort, an dem sich Vereine, Verbände und Initiativen vor Ort treffen und Veranstaltungen durchführen können. Oftmals sollen auch private Feiern durchgeführt, da es aufgrund des "Kneipensterbens" keine adäquaten Räumlichkeiten mehr gibt. Mit einem Gutachten soll ausgelotet werden, welche zukunftsfähigen Strukturen geschaffen werden sollten, welche dauerhaften Kosten damit verbunden wären und welche Bedarfe damit gedeckt werden können.												einmalig	443140 Prüfungs- und Beratungskosten
			FPA			+	30.000		0		0		0		0	abgelehnt 8 / 3 / 1	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussanforderung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer		Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021						
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit																		
18				Transferaufwendungen														
	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	SBR 323	Zuschuss für die Nachbarschaftshilfe Nord Der Stadtbezirksrat 323 Wenden-Thune-Harxbüttel beantragt, aufgrund der gestiegenen Personalkosten die Zuschüsse an die Nachbarschaftshilfe Nord e. V. angemessen zu erhöhen.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Kostenangabe. Die Verwaltung hat den hier genannten Betrag ermittelt. Im ASG wurde festgestellt, dass die Nachbarschaftshilfe Nord im Falle einer Beschlussfassung über die Zuschussdynamisierung profitieren würde. Es ist keine Beschlussfassung erfolgt. abgelehnt 3 / 8 / 1	
			ASG			+	12.300		+	12.300		+	12.300		+	12.300		
			FPA															
077	1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	AID	Streichung Zuschuss - Ev.-luth. Kirchenverband Sinn und Zweck dieses Zuschusses an eine der größten Religionsgemeinschaften sind nicht nachvollziehbar.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			ASG			-	10.500		-	10.500		-	10.500		-	10.500	abgelehnt 1 / 10 / 0	
			FPA														abgelehnt **)	
078	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Frauenberatung Die Frauenberatungsstelle ist ein Ort, an dem Frauen mit körperlichen, psychischen, sexuellen und sozialen Gewalterfahrungen feministisch orientierte und professionelle therapeutische Beratung, Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe finden. Die Beratungsstelle ist fester Bestandteil des Netzes psychosozialer Angebote in Braunschweig. Die Beratungsstelle beantragt nun eine Erhöhung der städtischen Förderung zur Abdeckung der Sach- und Personalkosten.												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			ASG			+	4.200		0		0		0		0		Der Antrag wurde für erledigt erklärt.	
079	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	DIE LINKE	Anhebung Zuschuss Frauenberatungsstelle Tariferhöhungen, die Reduzierung der Eigenleistung und gestiegene Mietnebenkosten machen eine Erhöhung des Zuschusses für die Frauenberatungsstelle auf 142.050 Euro notwendig.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
			ASG			+	4.200		+	4.200		+	4.200		+	4.200	Der Antrag wurde für erledigt erklärt.	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
080	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BBS	Erhöhung Zuschuss Stadteilleiden Madamenweg Der Stadteilleiden im Madamenweg ("Stadteilleiden West") betreut Menschen in Wohnungsnotfällen und besonderen sozialen Schwierigkeiten und Menschen mit einer seelischen Behinderung. Darüber hinaus berät der Stadteilleiden seit Jahren Einwohnerinnen des Quartiers in existenziellen Notlagen. Für das Jahr 2018 bittet der Stadteilleiden um eine Erhöhung der städtischen Mittel.			+ 1.400		0		0		0	einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AISG				+ 1.400		0		0		0		angenommen 6 / 4 / 1
			FPA				+ 1.400		0		0		0		angenommen **)
	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310	Zuschuss Stadteilleiden Madamenweg Der Zuschuss für den Stadteilleiden Madamenweg wird um 1.347 € auf 48.247 € erhöht.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AISG				+ 1.400		1.400		1.400		1.400		abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA												abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
081	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD	Cura e. V.										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 081 wurden im ASFG auch die Anträge Nr. 082 bis 084 und 151 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt.
			ASFG	Der Antrag wurde im ASFG durch die SPD-Fraktion zeitlich angepasst.											
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat über die Anträge 081, 082, 083, 084 und 151 gemeinsam abgestimmt.											angenommen 11 / 0 / 0
															angenommen 12 / 0 / 0
082	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Cura Braunschweig e.V.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081
			ASFG	Anhebung der Zuschüsse dringend geboten.											
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat über die Anträge 081, 082, 083, 084 und 151 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.											angenommen 11 / 0 / 0
083	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Cura e.V.										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081
			ASFG	Die Anlaufstelle für Straffällige in Braunschweig berät vorwiegend straffällige Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Braunschweig. Die Schwerpunkte des Beratungsangebots liegen in der Sicherstellung des Lebensunterhalts, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schuldnerberatung und Geldverwaltung (Verwahrgeldkonto). Für das Jahr 2018 beantragt der Verein die Übernahme der Hälfte des letztjährigen Defizits durch die Stadt.											
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat über die Anträge 081, 082, 083, 084 und 151 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.											angenommen 11 / 0 / 0
084	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE	Anhebung Zuschuss Cura										einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 081
			ASG	Cura berät und betreut rund 600 straffällig gewordene Menschen in Braunschweig und leistet eine hervorragende Arbeit im präventiven Bereich. Problematisch ist die Förderung des Landes, die einen immer geringeren Teil der Personalkosten vergütet. Dadurch wurde das letzte Jahr mit einem Defizit von 24.000 Euro abgeschlossen. In 2018 sollen 50% dieses Betrages von der Stadt übernommen werden. Es besteht die Hoffnung, dass nachfolgend eine bessere Finanzierung durch das Land erreicht werden kann.											
			FPA	Der Finanz- und Personalausschuss hat über die Anträge 081, 082, 083, 084 und 151 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Antrag Nr. 081.											angenommen 11 / 0 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018	2019	2020	2021		
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
088	1.31.35/7.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Eine weitere Zuschusserhöhung für das Mütterzentrum ist unter der Nr. 109 beantragt.
			ASIG			+ 13.000	0	0	0		abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA								abgelehnt **)
089	1.31.35/7.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
											Anhebung Zuschuss Mütterzentrum Eine steigende Zahl von Besucherinnen, jeweils 2 zusätzliche Stunden für Geschäftsführung und sozialpädagogische Leitung, sowie eine eingeplante Dynamisierung, machen die Zuschusserhöhung notwendig. Falls es zur allgemeinen Dynamisierung der Zuschüsse kommt (wie von der Linksfraktion beantragt), reduziert sich die Erhöhung auf 10.000 Euro.
			ASIG			+ 13.000	+ 13.000	+ 13.000	+ 13.000		abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA								abgelehnt **)
	1.31.35/7.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
											Zuschuss für das Mütterzentrum Der Stadtbezirksrat 310 - Westliches Ringgebiet - beantragt, dass dem Mütterzentrum e. V. im Haushaltsjahr 2018 ein Zuschuss von 128.000 € gewährt wird.
			ASIG			+ 13.000	0	0	0		abgelehnt 2 / 9 / 0
			FPA								abgelehnt **)

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschusssempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018	2019	2020	2021		
090	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 090 wurden im AFG auch die Anträge Nr. 091 u. 092 sowie der Antrag des Stadtbezirksrat 212 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt. Der Antrag bezog sich auf das Produkt 1.31.3517.10. Die Produktzuordnung wurde nach der Beratung im Ausschuss für Finanzen und Personalaussschuss angenommen 8 / 3 / 0 angenommen 7 / 2 / 2 angenommen 10 / 0 / 2
091	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BIBS							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090 angenommen 8 / 3 / 0
092	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090 angenommen 8 / 3 / 0

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Der Finanz- und Personalaussschuss schließt sich der Ausschuss Empfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018	2019	2020	2021		
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 212							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 090
			AISG			+	80.000	+	80.000		angenommen 8 / 3 / 0
			All			+	80.000	+	80.000		
			FPA								
093	1.31.3517.20	Integration von Migranten	SPD							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Neben dem Antrag Nr. 093 wurden im AISG auch die Anträge Nr. 094 u. 096 angenommen. Der Erhöhungsbetrag wird nur ein Mal berücksichtigt.
						+	20.000	0	0		angenommen 7 / 4 / 0
			AISG			+	20.000	0	0		
			All								angenommen 7 / 4 / 0
			FPA								angenommen 9 / 3 / 0
						+	20.000	0	0		
094	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN							einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 093
						+	20.000	0	0		angenommen 7 / 4 / 0
			AISG			+	20.000	0	0		
			All								angenommen 7 / 4 / 0
			FPA								
095	1.31.3517.20	Integration von Migranten	AID							dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche abgelehnt 1 / 10 / 0 abgelehnt 1 / 10 / 0 abgelehnt **)
			AISG								
			All								
			FPA								

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschuss Empfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €						Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	2019	Erträge	Aufwendungen	2020	Erträge	Aufwendungen		
096	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Seit über 30 Jahren ist der Flüchtlingshilfe e.V. ein in Braunschweig angesehener und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit. Über das Beratungsbüro "Refugium" hat sich der Verein zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Migrations- und Flüchtlingsarbeit entwickelt. Um dem angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen und Zuzüge von Migrantinnen nach Braunschweig und dem damit verbundenen enormen Anstieg des Beratungsvolumens gerecht zu werden, ist eine Erhöhung der finanziellen Förderung durch die Stadt nötig.												einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AFSG			+	20.000		0		0		0		0	Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung zu Nr. 093	
			All			+	20.000		0		0		0		0	angenommen 7 / 4 / 0	
			FPA														
097	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE	Erhöhung Zuschuss Refugium Flüchtlingshilfe Aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen durch die Stadt Braunschweig und steigenden Zuzügen von Migranten hat sich der Arbeitsaufwand für das Refugium erheblich erhöht. Dies soll mit einer erhöhten Zuwendung finanziert werden.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AFSG			+	20.000		20.000		20.000		20.000		20.000	abgelehnt 2 / 9 / 0	
			All													abgelehnt 2 / 9 / 0	
			FPA													abgelehnt **)	
098	1.31.3517.20	Integration von Migranten	AID	Streichung Zuschuss - Förderung der Integration Der Zuschuss ist zu allgemein beschrieben und scheint völlig willkürlich aufgeteilt. In dieser Form nicht genehmigungsfähig.												dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AFSG			-	54.000		54.000		54.000		54.000		54.000	abgelehnt 1 / 10 / 0	
			All													abgelehnt 1 / 10 / 0	
			FPA													abgelehnt **)	
099	1.31.3517.20	Integration von Migranten	BIBS	Zuschuss Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve Die Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz) und der auf Basis der Initiative gegründete Verein TRIVT e.V. (Toleranz, Respekt und Interkulturelle Vielfalt e.V.) betreiben seit Dezember 2015 mit großem Erfolg eine Begegnungsstätte für Geflüchtete und alleingesessene Bürgerinnen mit angeschlossener Fahrradwerkstatt. Nach wie vor ist Kralentide der Stadtteil mit den meisten Geflüchteten, die dort leben und auch im öffentlichen Leben präsent sind. Deshalb sind gerade dort ehrenamtliche Aktivitäten zu unterstützen. Der Verein benötigt zum Betrieb der Begegnungsstätte weiterhin finanzielle Unterstützung durch die Stadt.												für 2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AFSG			+	18.400		18.400		0		0		0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
			All			+	18.400		18.400		0		0		0	ohne Beschlussempfehlung passieren lassen	
			FPA			+	18.400		18.400		0		0		0	angenommen 9 / 3 / 0	

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
100	1.31.3517.20	Integration von Migranten	DIE LINKE											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							18.400		18.400		18.400		18.400		
			AfSG				18.400		18.400		18.400		18.400		ohne Beschlussempfehlung passieren lassen
			AfF												
			FPA												abgelehnt 1 / 9 / 2

Der Ausschuss für Integrationsfragen hat über die Anträge 099 und 100 gemeinsam abgestimmt. Ergebnis siehe Nr. 099.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag könnte noch nicht ermittelt werden.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
167	1.57.5711.01	Steuersubventionen Wfö. und Stadtmark.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
							+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		
			WA				+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		angenommen 10 / 1 / 0
			FPA				+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		angenommen **)

Diverse Teilhaushalte

diverse						0	+	173.300		0	+	350.673		0	+	532.213		0	+	709.586	
105	diverse, hier FB 50		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ausweitung der Dynamisierung im Sozialbereich Die Dynamisierung der Zuschüsse im Sozialbereich wird ab dem Jahre 2018 auf die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen ausgeweitet. Die Verwaltung stellt die dazu erforderlichen Mittel in den Haushalt 2018 ein und schreibt sie für die Folgejahre fort. Die Dynamisierung im Sozialbereich gilt bislang ausdrücklich nicht für die Träger bzw. Einrichtung, die Zuschüsse aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen erhalten. Dazu gehören insbesondere die Nachbarschaftshilfen und die Sozialstationen, deren Zuschüsse zum Teil seit 2014 nicht mehr angepasst wurden. Steigerungen insbesondere bei den Personalkosten führen dazu, dass die Träger dieser Einrichtungen mittlerweile zurecht über eine Deckungslücke klagen, die ohne eine Anpassung der Zuschüsse nicht mehr geschlossen werden kann.																	431810 Zuschuss an übrige Bereiche dauerh.
			ASG				+	13.000			+	26.200			+	39.600			+	53.300	Der Antrag wurde zurückgezogen.
076	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	BIBS	Erhöhung Zuschuss Nachbarschaftshilfe Da für die Nachbarschaftshilfen das Budget in den letzten Jahren nicht angepasst wurde und natürlich auch hier für die MitarbeiterInnen in den Nachbarschaftshilfen die tariflichen Steigerungen umgesetzt werden, sollte auch in diesem Bereich die Dynamisierung zum Tragen kommen.																	431810 Zuschuss an übrige Bereiche dauerh.
			ASG				+	13.000			+	26.200			+	39.600			+	53.300	Der Antrag wurde zurückgezogen.

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €				2020				2021				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018	2019	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2021	2021	2021	2021		
115	diverse hier FB 51		BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN															dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Die Einrichtungen mit erhöhter Betreuungsqualität sind bereits in die Kila- Dynamisierung einbezogen. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.
			JHA			+	93.200		+	106.700		+	132.000			+	150.200		Der Antrag wurde zurückgezogen.
120	Diverse		SPD															dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.
			AKW			+	164.800		+	333.500		+	506.200			+	682.900		angenommen 6/3/0, wie auch zu Antrag Nr. 123
			JHA			+	164.800		+	333.500		+	506.200			+	682.900		Der Antrag wurde zurückgezogen.
			AKSG																Der Antrag wurde zurückgezogen.
			Alt																

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
121	Diverse		BUNDESDIE GRÜNEN												dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Mit den Anträgen der Nummern 105 und 115 soll zusätzlich ein Einbeziehen der Nachbarschaftshilfen und der Familienzentren erfolgen. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anträge.
			AKW													Der Antrag wurde zurückgezogen.
			JHA													Der Antrag wurde zurückgezogen.
			ASG													
			Alt													
122	Diverse		BIBS												dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Siehe Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anträge.
			AKW													Der Antrag wurde zurückgezogen.
			JHA													Der Antrag wurde zurückgezogen.
			ASG													
			Alt													

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €				Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrags/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018	2019	2019	2020	2021	2021		
123	Diverse		DIE LINKE.									dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Über die bisherige Förderung hinaus sollen auch Nachbarschaftshilfen mit einbezogen werden. Insoweit ergeben sich höhere finanzielle Auswirkungen als bei den Anträgen der Nummern 121 und 122. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.
			AKW			+ 164.800	+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900		angenommen 6 / 3 / 0, wie auch zu Antrag Nr. 120
			JHA										Der Antrag wurde zurückgezogen.
			ASG			+ 164.800	+ 333.500		+ 506.200		+ 682.900		Der Antrag wurde zurückgezogen.
			Alf										
169	Diverse		SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag erhielt keine Beiträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Aufgrund Ziffer 6 des Antrages ergibt sich eine Ausweitung um 8.500 € gegenüber den Anträgen Nr. 120 und 123. Siehe zusätzliche Stellungnahme der Verwaltung am Ende der Anlage zur Beantwortung der Anfragen.
													angenommen 9 / 3 / 0
			JHA										angenommen 7 / 4 / 0
			ASG										angenommen 6 / 4 / 1
			Alf										angenommen **)
			FPA										

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschuss Empfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
124	diverse		DIE LINKE	Rasenmäherkürzungen beenden Die geplanten Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip werden beendet. Dies gilt sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagenen pauschalen Kürzungen, die bis 2021 auf 5 Mio. Euro pro Jahr anwachsen sollen, als auch für die pauschalen Kürzungen aufgrund des beschlossenen CDU-Antrages aus 2017. Das Haushaltsrecht ist eines der höchsten Rechte der Kommunalpolitik. Die Selbstauflage dieses Rechtes muss zukünftig vermieden werden. Wenn Kürzungen unausweichlich sind, dann soll der Rat konkret in jedem einzelnen Fall entscheiden.										dauerh.	diverse Anmerkung der Verwaltung: Auf die finanzwirksamen Anträge FU 050 und FU 051 wird aufgrund des sachlichen Zusammenhangs hingewiesen. ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen ohne Beschlussempfehlung pasieren lassen abgelehnt 3 / 7 / 0 abgelehnt 2 / 9 / 1
			FWA				+ 1.960.300		+ 2.925.300		+ 3.780.300		+ 4.780.300		
			WA												
			AKW												
			JHA												
			SchA												
			ATSG												
			GA												
			SpA												
			PIUA												
			Alt												
			BA												
			FPA												

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 9 / 0 / 3

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2018 in €		2018		2019		2020		2021		Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
Teilhaushalt Fachbericht 50 - Soziales und Gesundheit																	
137	1.41.4140.60	Heimaufsicht	CDU	Stärkung der Heimaufsicht Zur Stärkung der Heimaufsicht wird ein zusätzlicher Dienstposten A11 bei der Stelle 50.40 geschaffen. Die Heimaufsicht ist für eine Vielzahl von Aufgaben verantwortlich: - Überwachung der gesetzlichen Auflagen - Beseitigung von Mängeln durch Anordnung - Qualität der Betreuung und der Pflege - Beratungsauftrag für Bewohner, Angehörige sowie Mitarbeiter und Träger - Bildung von Arbeitsgruppen mit Kassen, Verbänden, dem Medizinischen Dienst und vielen weiteren mehr - fachliche Weiterentwicklung der Alten- und Behindertenhilfe Die Anzahl der Heimbewohner und deren Angehöriger steigt stetig, so dass eine Stärkung der Rolle der Heimaufsicht notwendig ist.												dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: Der Antrag enthielt keine Beträge. Diese wurden erst zur Beratung im FPA ergänzt. Beauftragt wird die Schaffung einer zusätzlichen Planstelle BesGr. A 11. Dies wurde zu zusätzlichen Personalkosten i. H. v. 69.000 €/jährlich führen. Für 2018 wird von einer Besetzung zum 1. Juli 2018 ausgegangen. ohne Beschlussempfehlung passieren lassen angenommen 7 / 6 / 0
			AFSG			+	34.500		+	69.000		+	70.400		+	71.900	
			FPA			+	34.500		+	69.000		+	70.400		+	71.900	
138	1.41.4140.60	Heimaufsicht	BBS	Stärkung der Heimaufsicht Im Bereich der Heimaufsicht wird eine halbe zusätzliche Stelle geschaffen. Die Stadt Braunschweig als Heimaufsichtsbehörde überwacht gegenwärtig 40 Heime. Dabei handelt es sich um 31 Pflegeheime mit 3.149 Plätzen, 6 Tagespflegereinrichtungen mit 78 Plätzen, eine Kurzzeitpflegereinrichtung mit 15 Plätzen und zwei Altenwohnheime mit 454 Apartments. Die personelle Besetzung in diesem Bereich mit nur einer Person ist zu wenig, um den Aufsichtspflichten ausreichend nachkommen zu können.												dauerh.	Anmerkung der Verwaltung: vgl. Anmerkung der Verwaltung zu Antrag Nr. 137 ohne Beschlussempfehlung passieren lassen Der Antrag wurde zurückgezogen.
			AFSG			+	17.300		+	34.500		+	35.200		+	36.000	
			FPA														

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021				
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
	diverse					-	1.438.400	-	3.284.300	0	-	700.000	0	-	700.000	
Teilhaushalt Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit																
36	diverse	Sozialrat				-	1.499.000	-	1.999.000	0	0	0	0	0	0	diverse
			AFSG			-	1.499.000	-	1.999.000	0	0	0	0	0	0	angenommen 9 / 0 / 0
Beim Sozialhilfetat gem. SGB XII zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.																
37	diverse	Sozialrat				-	440.000	+	900.000	0	0	0	0	0	0	diverse
			AFSG			-	440.000	+	900.000	0	0	0	0	0	0	angenommen 9 / 0 / 0
Aus der Flüchtlingsthematik zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Mehrbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.																
38	1.31.3121.10.01	Kosten der Unterkunft und Heizung				+	500.600	-	1.485.300	0	0	0	0	0	0	diverse
			AFSG			+	500.600	-	1.485.300	0	0	0	0	0	0	angenommen 9 / 0 / 0
Beim Sozialhilfetat gem. SGB II zeichnet sich anhand des aktuellen Verlaufs saldiert ein Minderbedarf gegenüber den Annahmen zum Zeitpunkt der Entwurfsaufstellung ab.																
39	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz				-	700.000	-	700.000	0	-	700.000	0	-	700.000	diverse
			AFSG			-	700.000	-	700.000	0	-	700.000	0	-	700.000	angenommen 9 / 0 / 0
Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs wurde aus verfahrenstechnischen Gründen das Ziel der Einplanung von 18.000 € je geflüchteter Person verfehlt. Dadurch wurden die Aufwendungen um 700.000 € zu hoch veranschlagt.																

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021					
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
	2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen		23.056.400		+	149.500	0	+	149.500	0	+	149.500	0			
40	1.31.3517.20	Integration von Migranten		Für Sprachförderung erhält die Stadt Braunschweig Fördermittel vom Land. Die Volkshochschule (VHS) führt die entsprechenden Kurse durch und erhält hierfür Zuschüsse von der Stadt Braunschweig (s. auch lfd. Nr. 51)												dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land
			AFSG			+	136.500		+	136.500		+	136.500		angenommen 9 / 0 / 0		
			AFI			+	136.500		+	136.500		+	136.500		angenommen 11 / 0 / 0		
41	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion		Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt "Gesundheitsregion" bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. (Entsprechende Aufwendungen siehe auch lfd. Nm. 43 und 47)												dauerh.	314110 Zuweisungen vom Land
			AFSG			+	13.000		+	13.000		+	13.000		angenommen 9 / 0 / 0		
7		Kostenerstattungen und Kostenumlagen		95.473.400		+	2.000	0	+	2.000	0	+	2.000	0			
42	1.41.4140.20.02	Ordnungsbehördliche Bestatungen		Es ergibt sich eine Erhöhung der Bestatterkosten um 4% ab 01.11.2017 aufgrund vertraglicher Vereinbarungen. Ein Teil der Mehraufwendungen (siehe auch lfd. Nr. 46) wird durch die hier genannten Mehreinnahmen gedeckt.												dauerh.	346810 Erstattung von übrigen Bereichen
			AFSG			+	2.000		+	2.000		+	2.000		angenommen 9 / 0 / 0		
13		Personalaufwendungen		22.774.504		0	+	8.400	0	+	8.400	0	+	8.400			
43	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion		Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt "Gesundheitsregion" bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. Die hierfür erforderliche Aufstockung einer E12-Stelle um 4 Stunden wird refinanziert. (Entsprechende Erträge siehe auch lfd. Nr. 41)												dauerh.	diverse
			AFSG			+	8.400		+	8.400		+	8.400		angenommen 9 / 0 / 0		

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	15	Aufwendungen von Sach- und Dienstleistungen		1.389.900		0	+ 18.000	0	+ 18.000	0	+ 18.000	0	+ 18.000		
44	1.31.3154.10	Unterbringung		Grundreinigung Unterkünfte In jüngster Vergangenheit häufen sich „Vermüllungen“ in einzelnen Zimmern städtischer Wohnungslosenunterkünfte aufgrund von entsprechenden Krankheitsbildern der/des Bewohners/in. Im Rahmen des Seuchenschutzes müssen die Zimmer dann im Rahmen der Ersatzvornahme gereinigt werden. Die geschätzt pro Jahr benötigten 10.500 € können nicht im Budget aufgetragen werden. (s. auch lfd. Nr. 50)										dauerh.	424100 Unterbringung/Reinigung
			AISG				+ 6.200		+ 6.200		+ 6.200		+ 6.200		angenommen 9 / 0 / 0
45	1.31.3517.20	Integration von Migranten		Für das Projekt ELKO kann bei den Sachaufwendungen der Eigenanteil gesenkt werden, weil er durch verstärkten Personaleinsatz abgedeckt ist										dauerh.	427140 Veranstaltungen
			AISG				- 800		- 800		- 800		- 800		angenommen 9 / 0 / 0
			Aff				- 800		- 800		- 800		- 800		angenommen 11 / 0 / 0
46	1.41.4140.20.02	Ordnungsbehördliche Bestattungen		Es ergibt sich eine Erhöhung der Bestatterkosten um 4% ab 01.11.2017 aufgrund vertraglicher Vereinbarungen. Ein Teil der Mehraufwendungen wird durch Mehrerträge gedeckt. (siehe auch lfd. Nr. 42)										dauerh.	427110 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen
			AISG				+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		+ 8.000		angenommen 9 / 0 / 0
47	1.41.4140.50.03	Gesundheitsregion		Für den Zeitraum 01.01.2015 - 31.12.2016 sowie 01.07.2017 - 31.12.2017 wurden der Stadt Braunschweig Zuwendungsmittel vom Land für das Projekt „Gesundheitsregion“ bewilligt. Auch für 2018 ist die Weiterführung dieser Projektförderung vom Land vorgesehen. (Entsprechende Erträge siehe auch lfd. Nr. 41)										dauerh.	427180 Sonstige Sachaufwendungen
			AISG				+ 4.600		+ 4.600		+ 4.600		+ 4.600		angenommen 9 / 0 / 0

Der FPA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 1110/1

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2018 in €		Veränderungen in €								Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2018		2019		2020		2021			
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
	19	Sonstige ordentliche Aufwendungen		71.979.100		0	+ 169.400	0	+ 166.400	0	+ 166.400	0	+ 166.400		
48	500-9817	Gebäude Naumburgstr. 25					+ 3.000		0		0		0	einmalig	445521 E. an GebMan.-sonst. Servicelei. (PK+SK)
			AfSG				+ 3.000		0		0		0		angenommen 9 / 0 / 0
49	1.12.1222.70	Obdachlosen- angelegenheiten					+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600	dauert.	445810 Obdachlosenangelegenheiten/ Erstattung an übrige Bereiche
			AfSG				+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600		+ 25.600		angenommen 9 / 0 / 0
50	1.31.3154.10	Unterbringung					+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300	dauert.	445713 Unterbringung/ Erstatt.priv. Untern.- Deponien+off. Muid.
			AfSG				+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		angenommen 9 / 0 / 0
51	1.31.3517.20	Integration von Migranten					+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500	dauert.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
			AfSG				+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		angenommen 9 / 0 / 0
			Aff				+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		+ 136.500		angenommen 11 / 0 / 0

Finanzhaushalt (inkl. IP)

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2018

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirke

Anlage 2.5.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Baumaßnahmen an den Unterküften am Madamenweg 94											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										
				53.600		53.600	0	0	0	0	
151	14S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BIBS	bisher 4.801.300 neu 4.891.300 Veränderung 90.000	3.721.300 3.721.300	270.000 360.000 90.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch-/WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterküfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Erhöhung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig. Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fraktion. angenommen 7/3/0 für erledigt erklärt, s.u. zu lfd. Nr. 172 zurückgezogen (siehe lfd. Nr. 172)
161	14S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bisher 4.801.300 neu 4.891.300 Veränderung 90.000	3.721.300 3.721.300	270.000 360.000 90.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000 € für die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen (inkl. Instandsetzung der vorhandenen Dusch-/WC-Container) und Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren für die Unterküfte /Wohnwagen am Madamenweg 94 Anmerkung der Verwaltung: Die Fachverwaltung sieht eine Erhöhung der vorhandenen sanitären Anlagen vor und hat dafür 26.400 EUR in den Haushalt 2018 aufgenommen (siehe Ansatzveränderungen der Verwaltung). Sollte dem Antrag der Verwaltung zugestimmt werden, wäre dieser Antrag hinfällig. Es gibt einen gleichlautenden Antrag der BIBS-Fraktion. für erledigt erklärt, da Antrag der BIBS-Fraktion angenommen: 7/3/0 (90.000 €) für erledigt erklärt, s.u. zu lfd. Nr. 172 zurückgezogen (siehe lfd. Nr. 172)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 8/0/4

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 2.5.2.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen											
Planungsaufträge											
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				12.000		12.000	0	0	0	0	
2	3E.210012	Gesundheitsamt / Planung Sanierung									
			bisher neu	300.000 300.000	0 0	300.000 0	0 300.000	0 0	0 0	0 0	Verschieben der Finanzrate für die Planung der Sanierung des Gesundheitsamtes von 2018 auf 2019
			Veränderung	0		-300.000	300.000	0	0	0	
			BA	0		-300.000	300.000	0	0	0	abgelehnt 0/9/1
			AFSG	0		-300.000	300.000	0	0	0	abgelehnt 0/11/0
			FPA	0		0	0	0	0	0	abgelehnt **)
3	3S.200001	FB 20: Planungskosten Vergabe v. L.									
			bisher neu	2.471.787 2.483.787	1.471.787 1.471.787	250.000 262.000	250.000 250.000	250.000 250.000	250.000 250.000	0 0	zusätzliche Planungsmittel für die Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung "Umstrukturierung Straßenverkehrsabteilung" (Meldung vom FB 32)
			Veränderung	12.000		12.000	0	0	0	0	
			BA	12.000		12.000	0	0	0	0	angenommen 9/0/1
			FPA	12.000		12.000	0	0	0	0	angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
sonstige Instandhaltungsmaßnahmen "Allgemeines Grundvermögen"											
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				1.356.400		-223.600	1.580.000	0	0	0	
25	4E.21 NEU	Petzvalstraße 50 B / Fassadensan.									
		bisher neu		0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Fassadensanierung Petzvalstraße 50 B in Höhe von 1,33 Mio. EUR
		Veränderung		1.330.000	0	750.000	580.000	0	0	0	
		BA		1.330.000		750.000	580.000	0	0	0	angenommen 9/0/1
		FPA		<u>1.330.000</u>		<u>750.000</u>	<u>580.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen **)
26	4E.210171	Tiefgarage Packhof / Sanierung									
		bisher neu		3.760.000	2.209.000	1.129.000	422.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate für die Sanierung der Tiefgarage Packhof von 2018 auf das Jahr 2019
		Veränderung		0	2.209.000	129.000	1.422.000	0	0	0	
		BA		0		-1.000.000	1.000.000	0	0	0	
		FPA		<u>0</u>	<u>-1.000.000</u>	<u>-1.000.000</u>	<u>1.000.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 9/0/1
											angenommen **)
27	4S.210034	FB 20: Global-Instandhaltungen Grundvermögen									
		bisher neu		4.801.300	3.721.300	270.000	270.000	270.000	270.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Instandsetzung der WC/Duscheanlage der Duschcontainer auf dem Madamenweg in Höhe von 26.400 EUR für 2018
		Veränderung		26.400	3.721.300	296.400	270.000	270.000	270.000	0	
		BA		26.400		26.400	0	0	0	0	Es liegen ähnlich lautende Anträge der BIBS-Fraktion, der BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN-Fraktion als auch ein gemeinsamer Antrag der SPD/BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN-Fraktion vor.
		AFSG		<u>26.400</u>		<u>26.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	für erledigt erklärt, da der Antrag der BIBS-Fraktion über 90.000 € angenommen (7/3/0) wurde
		FPA		<u>26.400</u>		<u>26.400</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 7/4/0, aber unter Berücksichtigung eines neuen Antrags der SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Aufstockung - s. Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirke unter lfd. Nr. 172
											angenommen 12/0/0

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 2.5.2.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
39	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher neu Veränderung	1.946.800 1.970.800 24.000	1.360.000 1.360.000	154.200 178.200 24.000	144.200 144.200 0	144.200 144.200 0	144.200 144.200 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für Glasarbeiten an der Stadtmodellvitrine im Altstadtrathaus in Höhe von 24.000 EUR; das vorhandene Glas genügt nicht den Sicherheitsanforderungen und sollte gegen Sicherheitsglas (ESG) ausgetauscht werden.
			ARW FPA	24.000 24.000		24.000 24.000	0 0	0 0	0 0	0 0	angenommen 8/0/0 angenommen **)
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit											
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										0
40	4S.500005	FB 50: Sonstige Instandhaltungen FB 50 insgesamt	bisher neu Veränderung	18.300 24.300 6.000	9.100 9.100	2.300 3.800 1.500	2.300 3.800 1.500	2.300 3.800 1.500	2.300 3.800 1.500	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für Softwarewartung des FB Soziales und Gesundheit für die neu installierte Alarierungs-Software und der Aufrufanlage in Höhe von jährlich 1.500 EUR.
			AFSG FPA	6.000 6.000		1.500 1.500	1.500 1.500	1.500 1.500	1.500 1.500	0 0	angenommen 9/0/0 angenommen **)
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)										0
41	5S.500001	FB 50: GVG-Sammelprojekt FB 50 gesamt	bisher neu Veränderung	46.600 96.600 50.000	34.600 34.600	3.000 53.000 50.000	3.000 3.000 0	3.000 3.000 0	3.000 3.000 0	0 0 0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Beschaffung von Kellerregalen für die Naumburgstraße 25 nach Überschwemmung in Höhe von 50.000 EUR für 2018
			AFSG FPA	50.000 50.000		50.000 50.000	0 0	0 0	0 0	0 0	angenommen 9/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgelehnt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 2.5.2.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Umweltschutz											
Sanierungsgebiete											
Campus Donauviertel - Sanierung des Gebäudes Kulturpunkt West (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in)											
10 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)				1.764.000	0	84.000	1.169.000	511.000	0		
45 a	45.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2,268 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,268 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			neu	2.268.000	0	108.000	1.503.000	657.000	0	0	
			Veränderung	2.268.000	0	108.000	1.503.000	657.000	0	0	
			PIUA AFSG FPA	2.268.000 2.268.000 2.268.000	0 0 0	108.000 108.000 108.000	1.503.000 1.503.000 1.503.000	657.000 657.000 657.000	0 0 0	0 0 0	
45 b	45.610039	Weststadt - San. gebiet Soziale Stadt	bisher	6.840.000	840.000	940.000	940.000	940.000	940.000	2.240.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			neu	6.336.000	840.000	940.000	916.000	606.000	794.000	2.240.000	
			Veränderung	-504.000	0	-24.000	-334.000	-146.000	-146.000	0	
			PIUA AFSG FPA	-504.000 -504.000 -504.000	0 0 0	-24.000 -24.000 -24.000	-334.000 -334.000 -334.000	-146.000 -146.000 -146.000	-146.000 -146.000 -146.000	0 0 0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
 **) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				1.764.000		0	84.000	1.169.000	511.000	0	
45 c	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher neu	0 2.625.000	0 0	0 0	0 125.000	0 1.740.000	0 760.000	0	zusätzliche Aufwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für die Sanierung des Kulturpunktes West in Höhe von 2.625 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 105.000 EUR) –Gesamtausgaben: 2.625 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2.268 Mio. EUR Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			Veränderung	2.625.000		0	125.000	1.740.000	760.000	0	
			PIUA	2.625.000		0	125.000	1.740.000	760.000	0	
			AFSG	2.625.000		0	125.000	1.740.000	760.000	0	
			FPA	2.625.000		0	125.000	1.740.000	760.000	0	
45 d	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt	bisher neu	11.774.773 10.913.773	-1.574.773 1.574.773	1.560.000 1.560.000	1.560.000 1.519.000	1.560.000 989.000	1.560.000 1.311.000	3.960.000 3.960.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			Veränderung	-861.000		0	-41.000	-571.000	-249.000	0	
			PIUA	-861.000		0	-41.000	-571.000	-249.000	0	
			AFSG	-861.000		0	-41.000	-571.000	-249.000	0	
			FPA	-861.000		0	-41.000	-571.000	-249.000	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 2.5.2.1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Campus Donauviertel - Neubau KTK-Gebäude Weiße Rose (inkl. Beschäftigung eines Integrationsmanagers /-in)											
10	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			138.500		45.500	45.500	45.500	0	0	
46 a	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher neu Veränderung	0 175.500 175.500	0 0 58.500	0 58.500 58.500	0 58.500 58.500	0 58.500 58.500	0 0 0	0 0 0	zusätzliche Erträge aus dem Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2,187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2,525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2,187 Mio. EUR) Die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			PIUA AFSG FPA	<u>175.500</u> <u>175.500</u> <u>175.500</u>	<u>58.500</u> <u>58.500</u> <u>58.500</u>	<u>58.500</u> <u>58.500</u> <u>58.500</u>	<u>58.500</u> <u>58.500</u> <u>58.500</u>	<u>58.500</u> <u>58.500</u> <u>58.500</u>	<u>0</u> <u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u> <u>0</u>	angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)
46 b	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt	bisher neu Veränderung	6.840.000 6.801.000 -39.000	840.000 840.000	940.000 927.000 -13.000	940.000 927.000 -13.000	940.000 927.000 -13.000	940.000 940.000 0	2.240.000 2.240.000 0	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			PIUA AFSG FPA	<u>-39.000</u> <u>-39.000</u> <u>-39.000</u>	<u>-13.000</u> <u>-13.000</u> <u>-13.000</u>	<u>-13.000</u> <u>-13.000</u> <u>-13.000</u>	<u>-13.000</u> <u>-13.000</u> <u>-13.000</u>	<u>-13.000</u> <u>-13.000</u> <u>-13.000</u>	<u>0</u> <u>0</u> <u>0</u>	<u>0</u> <u>0</u> <u>0</u>	angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
 **) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)											
17				136.500		45.500	45.500	45.500	0	0	
46 c	4S.61NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Ausgaben für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2.525 Mio. EUR (inkl. NFK-Mittel in Höhe von 95.000 EUR) -Gesamtausgaben: 2.525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2.187 Mio. EUR die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			neu	290.000	0	75.000	115.000	100.000	0	0	
			Veränderung	290.000		75.000	115.000	100.000	0	0	
			PIUA	290.000		75.000	115.000	100.000	0	0	
			AFSG	290.000		75.000	115.000	100.000	0	0	
			FPA	<u>290.000</u>		<u>75.000</u>	<u>115.000</u>	<u>100.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)
46 d	4S.610039	Weststadt - San.ggebiet Soziale Stadt	bisher	11.774.773	1.574.773	1.560.000	1.560.000	1.560.000	1.560.000	3.960.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			neu	11.621.273	1.574.773	1.530.500	1.490.500	1.505.500	1.560.000	3.960.000	
			Veränderung	-153.500		-29.500	-69.500	-54.500	0	0	
			PIUA	-153.500		-29.500	-69.500	-54.500	0	0	
			AFSG	-153.500		-29.500	-69.500	-54.500	0	0	
			FPA	<u>-153.500</u>		<u>-29.500</u>	<u>-69.500</u>	<u>-54.500</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
 **) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschuss Empfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0

Haushaltslesung 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	2021 in €	Restbedarf ab 2022 in €	Bemerkungen
19 Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)											
46 e	4S.61 NEU	Campus Donauviertel / Investitionspakt	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen aus Zuwendungen für das Förderprojekt "Investitionspakt Soziale Integration" für den Neubau KTK Weiße Rose in Höhe von 2.187 Mio. EUR (Gesamtausgaben: 2.525 Mio. EUR; Gesamteinnahmen: 2.187 Mio. EUR) die Deckung soll aus dem Projekt "Sanierungsgebiet Weststadt (Donauviertel)" erfolgen
			neu	2.011.500	0	202.500	1.170.000	639.000	0	0	
			Veränderung	2.011.500		202.500	1.170.000	639.000	0	0	
			PIUA	2.011.500		202.500	1.170.000	639.000	0	0	
			AFSG	2.011.500		202.500	1.170.000	639.000	0	0	
			FPA	2.011.500		202.500	1.170.000	639.000	0	0	angenommen 12/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)
46 f	4S.610039	Weststadt - San.gebiet Soziale Stadt	bisher	3.860.000	560.000	560.000	560.000	560.000	560.000	1.060.000	Reduzierung der Haushaltsmittel für Maßnahmen des Sanierungsgebietes Weststadt (Donauviertel) zur Finanzierung des Förderprojektes "Donauviertel"
			neu	3.413.000	560.000	515.000	300.000	418.000	560.000	1.060.000	
			Veränderung	-447.000		-45.000	-260.000	-142.000	0	0	
			PIUA	-447.000		-45.000	-260.000	-142.000	0	0	
			AFSG	-447.000		-45.000	-260.000	-142.000	0	0	
			FPA	-447.000		-45.000	-260.000	-142.000	0	0	angenommen 13/0/0 angenommen 10/0/0 angenommen **)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Finanz- und Personalausschuss schließt sich der Ausschusssempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 11/1/0